



Kilianstraße 2
33098 Paderborn
Telefon 0 52 51 – 28 22 23

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Paderborn

An die Vorsitzende des
Bezirksausschusses Schloß Neuhaus/Sande
Frau Susanne Meiche

30.08.2023

- per Mail -

Anfrage zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses

Sehr geehrte Frau Meiche,

bitte setzen Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Bezirksausschusssitzung am 5.9.2023:

In der ehemaligen Dempsey-Kaserne betreibt die Bezirksregierung Detmold eine mit derzeit 770 Personen belegte Notunterkunft/Puffereinrichtung. Die BZR Detmold ist ebenfalls für die Betreuung der dort untergebrachten Menschen verantwortlich. Trotz dieser Zuständigkeit einer anderen Ebene bitten wir die Verwaltung nach ihrem Kenntnisstand um die Beantwortung folgender Fragen:

Anfrage:

1. Wie ist die Aufnahme der Geflüchteten in der Unterkunft organisiert und wie und in welchem Zeitraum erfolgt die Weitervermittlung der Menschen?
2. Welche Betreuungs- und Beschäftigungsangebote gibt es vor Ort in der Unterkunft?
3. Sind Hilfsorganisationen eingebunden? Wenn nein, warum ist das nicht (mehr) der Fall?
4. Bereits vor einiger Zeit hat der SPD-Fraktionsvorsitzende in Gesprächen mit der Verwaltung auf Problematiken im Umfeld der Einrichtung aufmerksam gemacht. Was ist seitdem geschehen?
5. Sind bestehende Problemlagen zwischen den Verwaltungsebenen Land (Zuständigkeit für die Unterbringungseinrichtung), Kreis (Polizei) und Stadt (Ordnungsamt) gemeinsam erläutert worden? Welche Lösungsstrategien werden verfolgt?

Begründung:

Die heute in der Presse berichteten Auseinandersetzungen mit Polizei-Einsatz auf dem Gelände der ehemaligen Dempsey-Kaserne sowie Berichte aus dem Umfeld der Einrichtung geben Anlass zur Sorge. Konflikte zwischen Geflüchteten sind dabei nur ein Aspekt.

Für die SPD-Fraktion ergibt sich die Frage, ob bestehende Schwierigkeiten mit einer besseren Betreuung der Geflüchteten verringert oder vermieden werden können. Die Verantwortung dafür anderen Stellen zu überlassen ist nicht zielführend, denn Konfliktpunkte inmitten unserer Stadt gilt es zu entschärfen, damit sich alle Menschen, in der Einrichtung und im Umfeld, sicher fühlen können, Akzeptanz weiter gestärkt wird und langfristig Integration gelingen kann.

gez. M. Krugmann, M. Pantke